



Kein Entgegenkommen: Minister Bouffier. IMAGO Keine Zukunft in Deutschland? Familie Kazan ohne Bleiberecht.

PRIVAT

FR, Hessen, 27.7.07

Bouffier bleibt im Abschiebefall Kazan hart

SPD, Grüne und Flüchtlingsrat setzen sich aber für die Wiedereinreise der Familie aus Gründau ein

Von Pitt von Bebenburg

Das Schicksal des herzkranken Jungen Ömer Kazan und seiner aus Gründau abgeschobenen Familie bewegt die Politik. Abgeordnete von SPD und Grünen forderten Innenminister Volker Bouffier (CDU) dazu auf, der türkischen Familie die Wiedereinreise zu ermöglichen. Der Hessische Flüchtlingsrat spricht von einer „Musterfamilie für Bleibeberechtigte“, an der „ein Exempel statuiert“ werde.

Die Kazans lebten 14 Jahre lang in Deutschland und waren bestens integriert. Im Februar wurden die Eltern mit ihren sechs Kindern, von denen fünf in Deutschland geboren sind, in die Türkei abgeschoben. Den Anlass dafür hatte der Vater geliefert, der

wegen einer Auseinandersetzung auf der Ausländerbehörde zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Im Main-Kinzig-Kreis bildete sich eine reger Unterstützerkreis, der sich darum bemüht, die Mutter mit den Kindern zurückzuholen. Sie hat sich mittlerweile von ihrem Mann getrennt.

Nach einem Gespräch mit Innenminister Bouffier und Main-Kinzig-Landrat Erich Pipa (SPD) gingen die Unterstützer davon aus, dass die Familie zurückkommen darf, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Sie sammelten 19000 Euro, um die Abschiebekosten zu ersetzen und erfüllten weitere Forderungen. So verpflichteten sich sieben Helfer notariell, für den Daueraufenthalt der Familie zu bürgen. Bouffier aber lehnt ein Aufenthaltsrecht

für die Kazans ab. Die Unterstützer betonen, Bouffier habe ihnen eine humanitäre Lösung für die ganze Familie versprochen. Der Minister entgegnet, eine Wiedereinreise für alle Kinder habe nie zur Debatte gestanden, weil es dafür „keine rechtliche Grundlage“ gebe. Tatsächlich sei es nur um die Frage gegangen, ob der herzkranke Junge mit seiner Mutter nach Deutschland kommen dürfe, um hier behandelt zu werden.

„Nachsorge nicht gewährleistet“

Dies habe er aber verworfen, nachdem das Auswärtige Amt mitgeteilt habe, Ömer könne auch in der Türkei versorgt werden. Unterstützer, die in der Türkei mit dabei waren, sagen etwas anderes. Ömer könne zwar in türkischen Krankenhäusern operiert werden. Die drin-

gend notwendige Nachsorge sei dort nicht gewährleistet. Der Grüne Jürgen Frömmrich forderte Bouffier dazu auf, „das Kindeswohl in den Vordergrund zu stellen“ und die Familie zurückholen. Selbst die CDU wisse, dass qualifizierte Zuwanderer gebraucht würden: „Wir schieben die Menschen ab, die wir brauchen.“ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe nannte Bouffiers „Sturheit unverständlich“. Für die FDP hob der Landtagsabgeordnete Florian Rentsch hervor, dass die Kazans „wirklich integriert“ gewesen seien. Er bedauerte, dass Bouffier die engagierten Bürger vor Ort enttäusche, die „gemacht haben, was ihnen aufgetragen wurde“. Anders die CDU. Bouffier habe „völlig richtig gehandelt“, so der Landtagsabgeordnete Hugo Klein.